



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Staatssekretärin beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie  
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: [brigitte.zypries@wk.bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@wk.bundestag.de)

Darmstadt/Berlin, 26. Februar 2015

### **SPD setzt Mietpreisbremse durch**

*Die Darmstädter Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD) begrüßt neue Regelung zugunsten von Mietern*

Der Weg für die Mietpreisbremse ist endlich frei. Die Union hat ihren Widerstand gestern im Koalitionsausschuss aufgegeben, das Gesetz wird in der kommenden Sitzungswoche im Deutschen Bundestag verabschiedet. Brigitte Zypries, Bundestagsabgeordnete für Darmstadt und Darmstadt-Dieburg, freut sich: „Die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht kommen. Das ist ein Erfolg für Millionen Mieterinnen und Mieter in Deutschland - so bleiben Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar. Für die SPD-Fraktion ist das ein Erfolg, denn wir setzen damit einen für uns zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um.“

In Ballungsräumen steigen die Mieten teilweise gewaltig. „Bisher gibt es bei neu abgeschlossenen Mietverträgen keine Grenze nach oben, Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent sind keine Seltenheit – ohne jede Verbesserung am Wohnwert“, erklärt Brigitte Zypries und ergänzt: „In meinem Wahlkreis Darmstadt sind die Mieten in den letzten 7 Jahren um rund 4% pro Jahr gestiegen. Der Durchschnittsquadratmeterpreis liegt bei etwa 8 Euro. Damit gehört Darmstadt zu den 30 teuersten Wohnorten in Deutschland. Zugleich liegt Darmstadt auf Platz 6 der deutschen Städte mit den teuersten Neuvertragsvermietungen - hier kann die Mietpreisbremse also viel bewirken. Mieten dürfen in Zukunft in den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten die ortsübliche Vergleichsmiete nur noch höchstens um 10 % übersteigen.“

Mit dem Gesetzentwurf wird auch das Bestellerprinzip im Maklerrecht umgesetzt. In Zukunft sollen Vermieter die Kosten für Maklerdienstleistungen nicht mehr auf die Mieter abwälzen dürfen. „Das ist wie sonst im Leben auch: Wer bestellt, bezahlt“, so Brigitte Zypries.

Pressemitteilung